



Parteien fordern Solidarität für «Rössli» und «Sonne»

Finanzpolitiker aller Bundesratsparteien verlangen vom Bundesrat, der Gastro- und Kulturbranche zu helfen: Schliessungen kämen Enteignung gleich

CHRISTINA NEUHAUS

Nach dem Lockdown haben die Wirte alles gemacht, was Bund und Kantone von ihnen verlangt hatten: Hygienekonzepte erstellt, Tische auseinandergeschoben, die Speisekarte digitalisiert, Plexiglasscheiben montiert. Dann hiess es am 18. Dezember plötzlich: Pardon, bis 22. Januar bleibt ihr zu.

2019 verschwanden 2400 Beizen Für viele «Rössli», «Hirschen» und «Frohsinne» bedeutet dies das Ende. Bereits 2019 sind gegen 2400 Beizen aus dem Handelsregister verschwunden. Ein Viertel davon ging pleite; Wirte machen mehr als doppelt so häufig Konkurs wie andere Firmengründer. Allerdings wurden 2019 auch fast 2100 neue Lokale eröffnet. Dieses Jahr überwogen die «Uustrinkete». Viele Beizer stehen vor dem Ruin.

Der Bundesrat weiss, wie prekär die Lage ist. Restaurantschliessungen kämen faktisch einem Arbeitsverbot für die Angestellten gleich, sagte Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga bei der Bekanntgabe der neuen Massnahmen und versprach Unterstützung.

Die Berufsverbände, die auf eine Branchenlösung gehofft hatten, reagierten enttäuscht. Für das Gastgewerbe sei das eine Katastrophe, sagt der Gastrosuisse-Präsident Casimir Platzer. Der Entscheid bedeute einen wirtschaftlichen Schaden von fast 2,5 Milliarden Franken. Er rechne mit «Tausenden Pleiten und Zehntausenden Arbeitslosen». Der Bundesrat müsse nun zusammen mit den Kantonen schnelle Hilfsmassnahmen definieren. Für viele wird die Hilfe jedoch zu spät kommen. Denn bis die Kantone die Gesuche bearbeitet und allenfalls Unterstützung gespro-

chen haben, wird es Wochen, wenn nicht Monate, dauern.

Das Schicksal der Beizen und Gastro-Angestellten lässt auch die Politik nicht kalt. Am 24. Dezember haben sich Finanzpolitiker aller vier Bundesratsparteien in einer weihnachtlichen Solidaritätsaktion an die Landesregierung gewandt. Für die Gastro-, Event- und Kulturbranche seien die Corona-Massnahmen ein «massiver Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit», mahnen die vereinigten Parlamentarier. In seiner Wirkung komme das einer «temporären Enteignung der Betriebe» gleich.

«Ich rechne mit Tausenden Pleiten und Zehntausenden Arbeitslosen.»

Casimir Platzer
Gastrosuisse-Präsident

Schliesslich halte die Bundesverfassung fest: «Enteignungen und Eigentumsbeschränkungen, die einer Enteignung gleichkommen, werden voll entschädigt.»

Hilfe für die von den Zwangsschliessungen betroffenen Branchen wäre heute schon möglich. Das kürzlich im Bundeshaus revidierte Covid-19-Gesetz erlaubt es, Härtefallmassnahmen auszuweiten und die Voraussetzungen für die Finanzhilfe zu senken.

Wörtlich steht da geschrieben: «Für Unternehmen, die aufgrund von Massnahmen des Bundes oder der Kantone zur Eindämmung der Covid-19-Epidemie ihren Betrieb ab dem 1. November 2020 für mehrere Wochen schliessen müssen oder die während dieser

Dauer in der betrieblichen Tätigkeit erheblich eingeschränkt werden, kann der Bundesrat die Anspruchsvoraussetzungen für die Unternehmen lockern. In Ergänzung zu den Finanzhilfen kann der Bund besonders betroffenen Kantonen Zusatzbeiträge an kantonale Härtefallmassnahmen in der Höhe von höchstens 750 Millionen Franken leisten, ohne dass sich die Kantone an diesen Zusatzbeiträgen finanziell beteiligen. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.»

Breite weihnachtliche Allianz

Den Rohentwurf für den Brief schrieben die Sozialdemokraten. Der SP-Co-Präsident Cédric Wermuth, der seine Partei in der einflussreichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) vertritt, spricht von einem Akt der «ökonomischen Vernunft».

Daneben trägt das Schreiben die Unterschrift von einflussreichen Mitgliedern der SVP und der FDP – Parteien, die in der Vergangenheit gerne darauf hingewiesen haben, dass der Staat nicht alle Härten abfedern könne, und vor einem Schuldenberg warnten. Für die SVP unterschrieben Esther Friedli und Magdalena Martullo-Blocher. Für die FDP Daniela Schneeberger als Erstunterzeichnerin und Parteipräsidentin Petra Gössi.

Ihnen geht es allerdings nicht darum, die Unterstützung auszuweiten. Sie wollen dafür sorgen, dass die im Parlament beschlossenen Hilfen unbürokratisch umgesetzt werden. Der Appell an den Bundesrat ist vor allem einer an die Kantone. In vielen können die Gesuche erst im Februar eingereicht werden. Die Auszahlung erfolgt frühestens im Frühling. Bis dann ist es für viele Betriebe zu spät.